



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. Juni 2011 (09.06)
(OR. en)**

**Interinstitutionelles Dossier:
2010/0817 (COD)**

**10749/2/11
REV 2**

LIMITE

**COPEN 130
EUROJUST 85
EJN 70
CODEC 914**

VERMERK

des	Vorsitzes
für den	Rat
Nr. Vordok.:	10655/11 COPEN 126 EJN 66 EUROJUST 81 CODEC 899
<u>Betr.:</u>	Initiative des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, der Republik Estland, des Königreichs Spanien, der Republik Österreich, der Republik Slowenien und des Königreichs Schweden für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen – Text im Hinblick auf eine partielle allgemeine Ausrichtung

I. EINLEITUNG

Der Entwurf der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (im Folgenden "EEA") ist im April 2010 vorgelegt und seither in der Gruppe "Zusammenarbeit in Strafsachen" mehrfach erörtert worden.

Die Delegationen erhalten in der Anlage den Entwurf der Richtlinie mit den Änderungen, die aus den auf der Tagung des ASStV vom 8. Juni 2011 geführten Beratungen hervorgegangen sind. Textänderungen sind durch Unterstreichung gekennzeichnet.

Die Mitgliedstaaten zeigten zur Arbeit an dem Text im Großen und Ganzen eine positive und konstruktive Haltung. Einige Delegationen haben Parlamentsvorbehalte zu dem Richtlinienentwurf angemeldet.

Was die in den Fußnoten aufgeführten noch offenen Fragen anbelangt, so ist der Vorsitz der Auffassung, dass der Text in seiner derzeitigen Fassung, wie sie nun noch weiter ausgefeilt wurde, ein sorgfältig austariertes Gleichgewicht zwischen den Standpunkten aller Delegationen darstellt. Seines Erachtens ist der Text ein "Kompromisspaket", und er möchte daher alle Mitgliedstaaten auffordern, ihm in seiner gegenwärtigen Fassung zuzustimmen und die Vorbehalte so weit wie möglich zurückzuziehen, wobei sich im Laufe der weiteren Beratungen herausstellen kann, dass es möglicherweise erforderlich ist, auf einige Fragen zurückzukommen.

Der Vorsitz ist der Überzeugung, dass die Beratungen über die Bestimmungen zu den besonderen Ermittlungsmaßnahmen fortgesetzt werden sollten, sobald eine partielle allgemeine Ausrichtung zu den Artikeln 1 bis 18 (einschließlich des Artikels Y), die die allgemeinen Vorschriften zur Europäischen Ermittlungsanordnung enthalten, festgelegt worden ist. Es wird davon ausgegangen, dass mehrere Erwägungsgründe eng mit dem verfügbaren Teil des Texts verknüpft sind (Erwägungsgründe 10, 10a, 10b, 11, 12, 12a, 12b, 13, 13a, 13b, 14a und 17a) und dass eine partielle allgemeine Ausrichtung vorbehaltlich einer Gesamtprüfung des Texts auch diese Erwägungsgründe umfassen würde.

Der Vorsitz möchte erreichen, dass auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) am 9./10. Juni 2011 auf der Grundlage des in der Anlage enthaltenen Texts eine partielle allgemeine Ausrichtung zu den Artikeln 1 bis 18 (einschließlich des Artikels Y) festgelegt wird. Die Delegationen werden daher ersucht, eine Einigung über den Text zu erzielen und zu diesem Zweck die in Abschnitt II erläuterten noch offenen Fragen zu erörtern, wobei davon ausgegangen wird, dass sich bei den weiteren Beratungen herausstellen kann, dass einige Fragen möglicherweise wieder aufgegriffen werden müssen.

II. NOCH OFFENE FRAGEN

1. Gründe für die Versagung der Anerkennung oder der Vollstreckung

Der JI-Rat ist auf seiner Tagung vom Dezember 2010 übereingekommen, dass es ausschließlich spezifische Gründe für die Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung geben sollte und dass ein weit gefasster Grund für die Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung, der wie im Falle des bestehenden Systems der Rechtshilfe allgemein formuliert ist, vermieden werden sollte. Der Rat kam außerdem überein, dass eine Unterscheidung zwischen Kategorien von Ermittlungsmaßnahmen und den mit diesen Kategorien verknüpften Gründen für die Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung getroffen werden sollte. Es ist also sicherzustellen, dass es im Vergleich zu den bestehenden Instrumenten nicht zu einem Rückschritt kommt.

Der Text in der vorgelegten Fassung wirkt möglicherweise auf den ersten Blick komplex, aber es sei betont, dass er eine Synthese des gegenwärtigen Systems darstellt, das sich auf verschiedene, aufeinander aufbauende Rechtshilfeübereinkommen und derzeit geltende Rechtsakte über die gegenseitige Anerkennung stützt.

Der Kompromiss beruht auf einer Kombination allgemeiner und spezifischer Gründe für die Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung, die vom Zwangscharakter der jeweiligen Maßnahme abhängen. Zwar entscheidet grundsätzlich die Anordnungsbehörde, um welche Maßnahme ersucht wird, aber die Vollstreckungsbehörde hätte unter bestimmten Umständen die Möglichkeit, auf eine andere Art von Ermittlungsmaßnahme zurückzugreifen. Die Artikel 9 und 10 bilden somit ein Gesamtpaket, und es bedarf eines ausgewogenen Verhältnisses für die Wechselbeziehung zwischen den mit diesen Artikeln eingeführten Lösungen.

Artikel 10 ist daher seiner Struktur nach in drei Kategorien unterteilt:

- In Absatz 1 werden allgemeine Gründe für die Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung aufgeführt, die von der Vollstreckungsbehörde in allen Fällen geprüft werden können.

- Absatz 1a enthält eine Liste der gängigsten Maßnahmen, die in allen Rechtssystemen zur Verfügung stehen und bei denen die Vollstreckung einer EEA nur auf der Grundlage der allgemeinen Versagungsgründe nach Absatz 1 versagt werden könnte. Durchsuchung und Beschlagnahme sind in diese Positivliste aufgenommen worden, jedoch mit der Bedingung, dass die der EEA zugrunde liegende Straftat im Anordnungsstaat mit einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren bedroht und in der Liste der 32 Straftaten (siehe Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl) enthalten ist.
- Was die heikelsten Maßnahmen und Zwangsmaßnahmen anbelangt, die unter Absatz 1b fallen würden, so sind die am weitesten gefassten Möglichkeiten einer Versagung vorgesehen (begrenzte Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit, Beschränkung nach dem Recht des Vollstreckungsstaats auf eine Liste oder auf Kategorien von Straftaten).

Die wichtigste noch offene Frage in Bezug auf die Liste der allgemeinen Gründe für die Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung ist mit dem Grundsatz *ne bis in idem* (Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe e) verknüpft. Der Rückgriff auf diesen Grund für die Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung ist an obligatorische Konsultationen (Artikel 10 Absatz 2) gebunden, damit sichergestellt wird, dass die Vollstreckungsbehörde über alle Angaben verfügt, um zu entscheiden, dass die Vollstreckung der EEA dem Grundsatz *ne bis in idem* zuwiderlaufen würde.

Erwägungsgrund 12a wurde ausgearbeitet, um weiter zu gewährleisten, dass dieser Grund für die Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung nicht missbraucht wird und mit der ständigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu Artikel 54 SDÜ im Einklang steht.

Jedoch kann es Fälle geben, in denen mit der Vollstreckung einer EEA verhindert werden könnte, dass die unerwünschte Folge einer doppelten Verfolgung der betreffenden Person eintritt. Es sollte möglich sein, die auf der Grundlage einer EEA erlangten und an den Anordnungsstaat übermittelten Beweismittel zu verwenden, um nachzuweisen, dass das Verfahren gegen diese Person rechtskräftig abgeschlossen wurde.

In Fällen, in denen eine EEA in Bezug auf mehrere Personen erlassen wird und die Vollstreckungsbehörde im Zuge der Konsultationen feststellt, dass in Bezug auf eine dieser Personen das Verfahren bereits rechtskräftig abgeschlossen wurde (Fall des *bis in idem*), wird die Vollstreckungsbehörde außerdem die EEA dennoch anerkennen und vollstrecken und die erhobenen Beweismittel übermitteln, jedoch unter der Garantie, dass diese Beweismittel nicht für die Zwecke der Verfolgung der betroffenen spezifischen Person verwendet werden.

Der Rat wird ersucht, dem in Anlage I wiedergegebenen Kompromisspaket für die Artikel 9 und 10 zuzustimmen.

2. Rechtsbehelfe

Die Frage der Rechtsbehelfe ist in den vergangenen Monaten von den Vorbereitungsgremien des Rates eingehend erörtert worden. Demzufolge besteht ein Einvernehmen der Delegationen in folgenden Punkten:

- Die Mitgliedstaaten sollten nicht verpflichtet sein, mehr Rechtsbehelfe anzubieten als die, die in Bezug auf die gleichen Ermittlungsmaßnahmen im Rahmen eines vergleichbaren innerstaatlichen Falls zur Verfügung stehen.
- Es wird präzisiert, dass Rechtsbehelfe sowohl im Anordnungsstaat als auch im Vollstreckungsstaat eingelegt werden können. Es wird allerdings nicht spezifiziert, bei welcher Behörde der Rechtsbehelf eingelegt werden kann. Was Rechtsbehelfe im Hinblick auf die Sachgründe für den Erlass einer EEA anbelangt, so wird jedoch ausgeführt, dass ein solcher Rechtsbehelf nur im Anordnungsstaat eingelegt werden kann.
- Alle Betroffenen sollten nach dem innerstaatlichen Recht des Anordnungs- und des Vollstreckungsstaats in geeigneter Weise über die Rechtsbehelfe informiert werden, wobei das Erfordernis zur Gewährleistung der Vertraulichkeit zu beachten ist.
- Im Anschluss an eine ausführliche Erörterung ist im Kompromisstext nunmehr auch vorgesehen, dass die Übermittlung des Beweismittels so lange ausgesetzt werden kann, bis über den Rechtsbehelf entschieden wurde, es sei denn, die Übermittlung wird für die ordnungsgemäße Durchführung der Ermittlungen oder die Wahrung von individuellen Rechten ausdrücklich als unerlässlich erachtet.

Der vorliegende Text enthält eine ausgewogene Darstellung der Rechtsbehelfe, die den Betroffenen für die Anfechtung der Anordnung oder Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wird mit dem Entwurf kein allzu kompliziertes Verfahren für diese Fälle festgelegt. Zusätzliche Präzisierungen wurden in Erwägungsgrund 13a aufgenommen.

Der Rat wird ersucht, dem in Anlage I wiedergegebenen Kompromissvorschlag für eine überarbeitete Fassung des Artikels 13 zuzustimmen.

3. Kosten

Bei den Beratungen haben die Delegationen die folgenden Grundsätze als redaktionelle Grundlage bestätigt:

1. Generell sollten die im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats angefallenen Ausgaben – vorbehaltlich der in Kapitel IV dargelegten spezifischen Kostenvorschriften – vom Vollstreckungsstaat getragen werden.
2. Unverhältnismäßige Kosten oder ein Mangel an Mitteln im Vollstreckungsstaat sollte für die Vollstreckungsbehörde nicht als Versagungsgrund gelten; stattdessen könnten etwaige andere Lösungsmöglichkeiten herangezogen werden (direkte Abstimmung zwischen den zuständigen Behörden, Verlängerung der Fristen, Aufteilung der Kosten usw.).
3. Es sollte möglich sein, die Vollstreckung der Ermittlungsmaßnahme unter außergewöhnlichen Umständen davon abhängig zu machen, dass die Kosten vom Anordnungsstaat getragen (oder mit ihm geteilt) werden. In diesem Fall sollte die Anordnungsbehörde die Möglichkeit haben, die EEA zurückzuziehen.

Im Anschluss an die Sitzung der JI-Referenten wurden der Text und der Erwägungsgrund 13b weiter geändert. Dementsprechend ist im Kompromisstext vorgesehen, dass die zuständigen Behörden des Anordnungs- und des Vollstreckungsstaats zunächst im Rahmen von Konsultationen alle Möglichkeiten zur Lösung des Problems sondieren. Sollten die Konsultationen zu keiner Lösung führen, so sollte die Anordnungsbehörde entscheiden, ob sie die EEA zurückzieht oder aber aufrechterhält und den als außergewöhnlich hoch eingestuften Anteil der Kosten trägt.

Der Rat wird ersucht, dem in Anlage I wiedergegebenen Kompromissvorschlag für eine überarbeitete Fassung des Artikels Y zuzustimmen.

**Initiative des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, der Republik Estland,
des Königreichs Spanien, der Republik Österreich, der Republik Slowenien
und des Königreichs Schweden
für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische
Ermittlungsanordnung in Strafsachen**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –
gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 82
Absatz 1 Buchstabe a,
auf Initiative des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, der Republik Estland, des
Königreichs Spanien, der Republik Österreich, der Republik Slowenien und des Königreichs
Schweden,
nach Übermittlung des Entwurfs eines Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,
gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu erhalten und weiterzuentwickeln.

- (2) Nach Artikel 82 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der Union auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Urteile und Entscheidungen, der seit der Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 1999 in Tampere allgemein als Eckstein der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen in der Union bezeichnet wird.
- (3) Mit dem Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen zur Sicherstellung von Vermögensgegenständen und Beweismitteln in der Europäischen Union¹ ist der Notwendigkeit einer sofortigen gegenseitigen Anerkennung von Anordnungen, mit denen die Vernichtung, Veränderung, Verbringung, Übertragung oder Veräußerung von Beweismitteln verhindert werden soll, Rechnung getragen worden. Da das Instrument auf die Phase der Sicherstellung beschränkt ist, ist der Sicherstellungsentscheidung gemäß den Vorschriften für die Rechtshilfe in Strafsachen ein getrenntes Ersuchen um Übergabe der Beweismittel an den Entscheidungsstaat beizufügen. Dies führt zu einem zweistufigen Verfahren, das der Effizienz des Instruments abträglich ist. Außerdem bestehen neben dieser Regelung noch die traditionellen Instrumente der Zusammenarbeit, so dass die zuständigen Behörden die Regelung in der Praxis nur selten verwenden.
- (4) Der Rahmenbeschluss 2008/978/JI des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Europäische Beweisverordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung in Strafsachen² wurde angenommen, um den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung diesbezüglich anzuwenden. Die Europäische Beweisverordnung gilt allerdings nur für bereits erhobene Beweismittel und deckt daher nur ein begrenztes Spektrum der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen in Bezug auf Beweismittel ab. Wegen ihres begrenzten Anwendungsbereichs steht es den zuständigen Behörden frei, die neue Regelung zu verwenden oder auf die Verfahren der Rechtshilfe zurückzugreifen, die auf jeden Fall weiterhin für Beweismittel gelten, die nicht in den Anwendungsbereich der Europäischen Beweisverordnung fallen.

¹ ABl. L 196 vom 2.8.2003, S. 45.

² ABl. L 350 vom 30.12.2008, S. 72.

- (5) Seit Annahme der Rahmenbeschlüsse 2003/577/JI und 2008/978/JI ist deutlich geworden, dass der bestehende Rahmen für die Erhebung von Beweismitteln zu stark zersplittert und zu kompliziert ist. Daher ist ein neuer Ansatz erforderlich.
- (6) In dem am 11. Dezember 2009 angenommenen Stockholmer Programm hat der Europäische Rat beschlossen, dass die Einrichtung eines umfassenden Systems für die Beweiserhebung in Fällen mit grenzüberschreitenden Bezügen, das auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung basiert, weiter verfolgt werden sollte. Dem Europäischen Rat zufolge stellen die bestehenden Rechtsinstrumente auf diesem Gebiet eine lückenhafte Regelung dar und bedarf es eines neuen Ansatzes, der auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung beruht, aber auch der Flexibilität des traditionellen Systems der Rechtshilfe Rechnung trägt. Der Europäische Rat hat daher ein umfassendes System gefordert, das sämtliche bestehenden Instrumente in diesem Bereich ersetzen soll, unter anderem auch den Rahmenbeschluss über die Europäische Beweisordnung, das so weit wie möglich alle Arten von Beweismitteln erfasst und Vollstreckungsfristen enthält und das die Versagungsgründe so weit wie möglich beschränkt.
- (7) Diesem neuen Ansatz liegt ein einheitliches Instrument zugrunde, das als Europäische Ermittlungsanordnung (EEA) bezeichnet wird. Die Europäische Ermittlungsanordnung wird zur Durchführung einer oder mehrerer spezifischer Ermittlungsmaßnahmen im Vollstreckungsstaat im Hinblick auf die Erhebung von Beweismitteln erlassen. Dies schließt auch die Erlangung von Beweismitteln ein, die sich bereits im Besitz der Vollstreckungsbehörde befinden.
- (8) Die Europäische Ermittlungsanordnung hat übergreifenden Charakter und gilt daher für fast alle Ermittlungsmaßnahmen. Einige Maßnahmen erfordern jedoch spezifische Vorschriften und werden daher besser getrennt geregelt, wie die Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen und die Beweiserhebung im Rahmen dieser Ermittlungsgruppen. Auf diese Arten von Maßnahmen sollten weiterhin die bestehenden Instrumente Anwendung finden.
- (9) Diese Richtlinie gilt nicht für grenzüberschreitende Observationen nach Artikel 40 des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen³.

³ ABl. L 239 vom 22.9.2000, S. 19.

- (10) Die Europäische Ermittlungsanordnung sollte sich auf die durchzuführende Ermittlungsmaßnahme konzentrieren. Die Anordnungsbehörde ist aufgrund ihrer Kenntnis der Einzelheiten der betreffenden Ermittlung am besten in der Lage zu entscheiden, welche Maßnahme anzuwenden ist. Jedoch sollte die Vollstreckungsbehörde, wann immer möglich, eine Maßnahme anderer Art anwenden, wenn die erbetene Maßnahme nach ihrem nationalen Recht nicht besteht oder in einem vergleichbaren innerstaatlichen Fall nicht zur Verfügung stehen würde. Die Frage, ob die Maßnahme nach dem nationalen Recht des Vollstreckungsstaats zur Verfügung steht, sollte von der Vollstreckungsbehörde nur in Bezug auf die grundlegenden rechtlichen Voraussetzungen für die Vollstreckung der Maßnahme bewertet werden. Damit hat der Vollstreckungsstaat nicht die Möglichkeit, die Gründe für den Erlass der Europäischen Ermittlungsanordnung zu bewerten. Verfügbarkeit bezieht sich auf Anlässe, bei denen die erbetene Maßnahme nach dem Recht des Vollstreckungsstaats besteht, aber nur in bestimmten Fällen rechtmäßig zur Verfügung steht, beispielsweise wenn die Maßnahme nur bei Straftaten eines gewissen Schweregrads, nur gegen Personen, gegen die bereits bestimmte Verdachtsmomente bestehen, oder nur mit der Zustimmung der betreffenden Personen durchgeführt werden kann. Die Vollstreckungsbehörde kann auch auf eine Ermittlungsmaßnahme anderer Art zurückgreifen, wenn damit mit weniger stark in die Grundrechte der betroffenen Person eingreifenden Mitteln das gleiche Ergebnis wie mit der in der Europäischen Ermittlungsanordnung vorgesehenen Maßnahme erreicht wird.
- (10a) Von der Europäischen Ermittlungsanordnung sollte Gebrauch gemacht werden, wenn die Vollstreckung einer Ermittlungsmaßnahme in dem betreffenden Fall verhältnismäßig, angemessen und durchführbar erscheint. Daher sollte sich die Anordnungsbehörde vergewissern, ob das erbetene Beweismittel für den Zweck des Verfahrens notwendig ist und in angemessenem Verhältnis zu diesem Zweck steht, ob die gewählte Maßnahme für die Erhebung des Beweismittels notwendig ist und in angemessenem Verhältnis dazu steht und ob durch den Erlass einer Europäischen Ermittlungsanordnung ein anderer Mitgliedstaat an der Erhebung des Beweismittels beteiligt werden sollte. Die Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung sollte nur aus den in dieser Richtlinie aufgeführten Gründen versagt werden, wobei die Vollstreckungsbehörde sich jedoch auch für eine Maßnahme entscheiden kann, die weniger eingreifend ist als die in der Europäischen Ermittlungsanordnung angegebene Maßnahme, wenn sich damit vergleichbare Ergebnisse erzielen lassen.

- (10b) Zur Übermittlung der Europäischen Ermittlungsanordnung an die zuständige Behörde des Vollstreckungsstaats kann die Anordnungsbehörde von jedem möglichen/einschlägigen Übermittlungsweg Gebrauch machen, einschließlich beispielsweise des gesicherten Telekommunikationssystems des Europäischen Justiziellen Netzes, Eurojust, Interpol oder sonstiger Geschäftswege, die von den Justiz- oder Strafverfolgungsbehörden genutzt werden. Ist die Europäische Ermittlungsanordnung von einer Justizbehörde validiert worden, so kann auch diese Behörde als Anordnungsbehörde für die Zwecke der Übermittlung einer Europäischen Ermittlungsanordnung betrachtet werden.
- (11) Bei der Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung sollten unbeschadet der wesentlichen Rechtsgrundsätze des Vollstreckungsstaats die vom Anordnungsstaat ausdrücklich genannten Formvorschriften und Verfahren so weit wie möglich eingehalten werden. Die Anordnungsbehörde kann darum ersuchen, dass eine oder mehrere Behörden des Anordnungsstaats zur Unterstützung der zuständigen Behörden des Vollstreckungsstaats an der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung mitwirken. Die Vollstreckungsbehörde sollte einem solchen Ersuchen nachkommen, erforderlichenfalls indem sie Bedingungen hinsichtlich des Umfangs und der Art der Beteiligung der Behörden des Anordnungsstaats festlegt.
- (12) Um die Effizienz der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen sicherzustellen, sollten die Möglichkeiten einer Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung sowie die Gründe für einen Aufschub der Vollstreckung beschränkt werden.

- (12a) Der Grundsatz *ne bis in idem* ist ein wesentlicher Rechtsgrundsatz der Europäischen Union. Die Vollstreckungsbehörde sollte daher befugt sein, die Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung zu versagen, wenn ihre Vollstreckung diesem Grundsatz zuwiderläuft und wenn verbindlich bestätigt wird, dass das Verfahren gegen die betreffende Person wegen desselben Sachverhalts rechtskräftig und unter den in Artikel 54 des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen genannten Bedingungen abgeschlossen worden ist. In Anbetracht der Vorläufigkeit des der Europäischen Ermittlungsanordnung zugrunde liegenden Verfahrens und der komplizierten Prüfung der Bedingungen nach Artikel 54 sollte die Vollstreckungsbehörde die Anordnungsbehörde unterrichten und konsultieren; letztere sollte die betreffenden Informationen prüfen und die erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf das der Europäischen Ermittlungsanordnung zugrunde liegende Verfahren treffen. Diese Konsultationen berühren nicht die Verpflichtung der Vollstreckungsbehörde, die Anordnungsbehörde gemäß dem Rahmenbeschluss 2009/948/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren⁴ zu konsultieren.
- (12b) Es sollte möglich sein, eine Europäische Ermittlungsanordnung abzulehnen, wenn mit ihrer Anerkennung oder Vollstreckung im Vollstreckungsstaat Immunitäten oder Vorrechte in diesem Staat verletzt würden. Es gibt in der Europäischen Union keine gemeinsame Definition dessen, was unter Immunitäten oder Vorrechten zu verstehen ist; die genaue Definition dieser Begriffe bleibt daher dem nationalen Recht überlassen, das Schutzvorschriften für medizinische Berufe und Rechtsberufe umfassen kann; es sollte jedoch nicht in einer Weise ausgelegt werden, die im Widerspruch zu der Verpflichtung steht, nach Artikel 7 des Rechtsakts des Rates vom 16. Oktober 2001 über die Erstellung – gemäß Artikel 34 des Vertrags über die Europäische Union – des Protokolls zu dem Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bestimmte Versagungsgründe aufzuheben. Dazu können ebenso, auch wenn sie nicht notwendigerweise als Vorrecht oder Immunität gelten, Regeln über die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit in anderen Medien gehören.

⁴ **ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 42.**

- (13) Zur Gewährleistung einer raschen, effektiven und kohärenten Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Strafsachen ist es erforderlich, Fristen zu setzen. Die Entscheidung über die Anerkennung oder Vollstreckung sowie die eigentliche Durchführung der Ermittlungsmaßnahme sollten genauso rasch und vorrangig wie in einem vergleichbaren nationalen Fall erfolgen. Mit der Fristsetzung soll sichergestellt werden, dass eine Entscheidung oder Vollstreckung innerhalb eines angemessenen Zeitraums erfolgt oder Verfahrenszwängen im Anordnungsstaat Rechnung getragen wird.
- (13a)⁵ Die Rechtsbehelfe gegen eine Europäische Ermittlungsanordnung sollten zumindest den Rechtsbehelfen gleichwertig sein, die in einem innerstaatlichen Fall gegen die betreffende Ermittlungsmaßnahme zur Verfügung stehen. Die Mitgliedstaaten sollten gemäß ihrem nationalen Recht die Anwendbarkeit dieser Rechtsbehelfe sicherstellen, auch indem sie alle Betroffenen rechtzeitig über die Möglichkeiten und Modalitäten zur Einlegung der Rechtsbehelfe informieren. In Fällen, in denen Einwände gegen die Europäische Ermittlungsanordnung vom Betroffenen im Vollstreckungsmitgliedstaat in Bezug auf die Sachgründe für den Erlass der Europäischen Ermittlungsanordnung geltend gemacht werden, ist es angebracht, dass Informationen über diese Einwände an die Vollstreckungsbehörde übermittelt werden und der Betroffene entsprechend informiert wird.
- (13b) Die Ausgaben, die durch die Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsmitgliedstaats entstehen, sollten ausschließlich von diesem getragen werden. Diese Regelung entspricht dem allgemeinen Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung. Die Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung kann jedoch außergewöhnlich hohe Kosten für den Vollstreckungsstaat nach sich ziehen. Diese außergewöhnlich hohen Kosten können beispielsweise durch komplexe Sachverständigengutachten, polizeiliche Großeinsätze oder Überwachungstätigkeiten über einen langen Zeitraum anfallen. Dies sollte der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung jedoch nicht entgegenstehen, und die Anordnungs- und die Vollstreckungsbehörde sollten sich darum bemühen, festzulegen, welche Kosten als außergewöhnlich hoch zu betrachten sind. Die Frage der Kosten könnte Konsultationen zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten erforderlich machen; ihnen wird empfohlen, diese Frage in der Konsultationsphase zu klären.

⁵ **Prüfungsvorbehalt von DE und LV.**

Als letztes Mittel kann die Anordnungsbehörde beschließen, die Europäische Ermittlungsanordnung zurückzuziehen oder aber diese aufrechtzuerhalten, wobei der Teil der Kosten, die vom Vollstreckungsstaat als außergewöhnlich hoch erachtet werden, im Laufe des Verfahrens aber unbedingt aufgebracht werden müssen, vom Anordnungsstaat getragen werden sollte. Dieser Mechanismus stellt keinen zusätzlichen Versagungsgrund dar und sollte unter keinen Umständen zur Verzögerung oder Verhinderung der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung missbraucht werden.

- (14) Die Europäische Ermittlungsanordnung sieht eine einheitliche Regelung für die Erlangung von Beweismitteln vor. Bei einigen Arten von Ermittlungsmaßnahmen, wie beispielsweise der zeitweiligen Überstellung inhaftierter Personen, der Vernehmung per Video- oder Telefonkonferenz, der Erlangung von Auskünften zu Bankkonten oder Bankgeschäften oder bei kontrollierten Lieferungen, bedarf es jedoch zusätzlicher Vorschriften, die in die Europäische Ermittlungsanordnung aufgenommen werden sollten. Ermittlungsmaßnahmen, die die Erhebung von Beweismitteln in Echtzeit, fortlaufend oder über einen bestimmten Zeitraum beinhalten, werden von der Europäischen Ermittlungsanordnung erfasst; jedoch sollte der Vollstreckungsbehörde aufgrund der unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bei diesen Maßnahmen Flexibilität eingeräumt werden.
- (14a) Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, in der von ihnen bezüglich der Sprachenregelung abgegebenen Erklärung außer ihrer Amtssprache mindestens eine in der Europäischen Union häufig verwendete Sprache anzugeben.
- (15) Diese Richtlinie ersetzt die Rahmenbeschlüsse 2003/577/JI und 2008/978/JI sowie die verschiedenen Rechtsinstrumente über die Rechtshilfe in Strafsachen, insoweit sie die Erlangung von Beweismitteln für die Zwecke eines Strafverfahrens betreffen.
- (16) Da das Ziel dieser Richtlinie, nämlich die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen zur Erlangung von Beweismitteln, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und daher wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahme besser auf Unionsebene zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Richtlinie nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

- (17) Diese Richtlinie steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die in Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere deren Titel VI, anerkannt sind. Die Bestimmungen dieser Richtlinie dürfen nicht in dem Sinne ausgelegt werden, dass sie es verbieten, die Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung zu versagen, wenn objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Europäische Ermittlungsanordnung zum Zwecke der Verfolgung oder Bestrafung einer Person aus Gründen ihres Geschlechts, ihrer Rasse, ethnischen Herkunft, Religion, sexuellen Ausrichtung, Nationalität, Sprache oder ihrer politischen Überzeugungen erlassen wurde oder dass die Stellung dieser Person aus einem dieser Gründe beeinträchtigt werden kann.
- (17a) Die bei der Durchführung dieser Richtlinie verarbeiteten personenbezogenen Daten sollten entsprechend den Bestimmungen über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, und entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften auf diesem Gebiet geschützt werden.
- (18) [Gemäß Artikel 3 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts haben das Vereinigte Königreich und Irland mitgeteilt, dass sie sich an der Annahme dieser Richtlinie beteiligen möchten.]
- (19) Gemäß den Artikeln 1 und 2 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Richtlinie und ist weder durch diese gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet –

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

KAPITEL I
DIE EUROPÄISCHE ERMITTLUNGSANORDNUNG

Artikel 1

*Definition der Europäischen Ermittlungsanordnung
und Verpflichtung zu ihrer Vollstreckung*

1. Die Europäische Ermittlungsanordnung (EEA) ist eine gerichtliche Entscheidung, die von einer Justizbehörde eines Mitgliedstaats (im Folgenden "Anordnungsstaat") zur Durchführung einer oder mehrerer spezifischer Ermittlungsmaßnahme(n) in einem anderen Mitgliedstaat (im Folgenden "Vollstreckungsstaat") zur Beweiserlangung gemäß den Bestimmungen dieser Richtlinie erlassen oder validiert wird. Die Europäische Ermittlungsanordnung kann auch in Bezug auf die Erlangung von Beweismitteln, die sich bereits im Besitz der zuständigen Behörden des Vollstreckungsstaats befinden, erlassen werden.
2. Die Mitgliedstaaten vollstrecken jede Europäische Ermittlungsanordnung nach dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung und gemäß den Bestimmungen dieser Richtlinie.
3. Diese Richtlinie berührt nicht die Verpflichtung zur Achtung der Grundrechte und der allgemeinen Rechtsgrundsätze gemäß Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union, und die Verpflichtungen der Justizbehörden in dieser Hinsicht bleiben unberührt.

Artikel 2
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

- a) "Anordnungsbehörde"
 - i) einen Richter, ein Gericht, einen Ermittlungsrichter oder einen Staatsanwalt, der/das in dem betreffenden Fall zuständig ist, oder
 - ii) jede andere vom Anordnungsstaat bezeichnete zuständige Behörde, die in dem betreffenden Fall in ihrer Eigenschaft als Ermittlungsbehörde in einem Strafverfahren nach nationalem Recht für die Anordnung der Erhebung von Beweismitteln zuständig ist;

- b) "Vollstreckungsbehörde" eine Behörde, die für die Anerkennung einer Europäischen Ermittlungsanordnung und für die Sicherstellung ihrer Vollstreckung gemäß dieser Richtlinie zuständig ist.

Artikel 3⁶

Anwendungsbereich der Europäischen Ermittlungsanordnung

Die Europäische Ermittlungsanordnung erfasst alle Ermittlungsmaßnahmen, mit Ausnahme der in Artikel 13 des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union⁷ (im Folgenden 'Übereinkommen') und in dem Rahmenbeschluss 2002/465/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen⁸ vorgesehenen Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe und die Erhebung von Beweismitteln innerhalb einer solchen Ermittlungsgruppe, außer zum Zwecke der Anwendung von Artikel 13 Absatz 8 des Übereinkommens bzw. Artikel 1 Absatz 8 des Rahmenbeschlusses.

⁶ Es gilt als vereinbart, dass alle Formen der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs von der Richtlinie erfasst und spezifische Bestimmungen in Kapitel IV aufgenommen werden. FI, der sich NL und LV anschlossen, bedauerte, dass die Bestimmungen des Rechtshilfeübereinkommens aus dem Jahr 2000 über die Zustellung von Schriftstücken nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen. Nach Abschluss der Prüfung des gesamten Textes wird der Anwendungsbereich dieser Richtlinie jedoch noch weiter geprüft werden. Bei weiteren Beratungen sollen ferner das Verhältnis der Europäischen Ermittlungsanordnung zum Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln präzisiert und die Frage der verdeckten Maßnahmen geklärt werden. DE legte einen Prüfungsvorbehalt zu letzterem Punkt ein.

⁷ ABl. C 197 vom 12.7.2000, S. 3.

⁸ ABl. L 162 vom 20.6.2002, S. 1.

Artikel 4

Verfahrensarten, für die die Europäische Ermittlungsanordnung erlassen werden kann

Die Europäische Ermittlungsanordnung kann erlassen werden

- a) in Bezug auf Strafverfahren, die eine Justizbehörde wegen einer nach dem nationalen Recht des Anordnungsstaats strafbaren Handlung eingeleitet hat oder mit der sie befasst werden kann;
- b) bei Verfahren, die Verwaltungsbehörden wegen Handlungen eingeleitet haben, die nach dem nationalen Recht des Anordnungsstaats als Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften geahndet werden, sofern gegen die Entscheidung ein auch in Strafsachen zuständiges Gericht angerufen werden kann;
- c) bei Verfahren, die Justizbehörden wegen Handlungen eingeleitet haben, die nach dem nationalen Recht des Anordnungsstaats als Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften geahndet werden, sofern gegen die Entscheidung ein auch in Strafsachen zuständiges Gericht angerufen werden kann und
- d) im Zusammenhang mit Verfahren gemäß den Buchstaben a, b und c, die sich auf Straftaten oder Zuwiderhandlungen beziehen, für die im Anordnungsstaat eine juristische Person zur Verantwortung gezogen oder bestraft werden kann.

Artikel 5

Inhalt und Form der Europäischen Ermittlungsanordnung

1. Die in dem Formblatt in Anhang A wiedergegebene Europäische Ermittlungsanordnung wird von der Anordnungsbehörde ausgefüllt und unterzeichnet; die Anordnungsbehörde bestätigt ferner ihre inhaltliche Richtigkeit.
2. Jeder Mitgliedstaat gibt an, welche Amtssprache(n) der Organe der Union außer seiner/seinen eigene(n) Amtssprache(n) beim Ausfüllen oder bei der Übersetzung der Europäischen Ermittlungsanordnung in den Fällen verwendet werden kann (können), wenn er selbst Vollstreckungsstaat ist.

Artikel 5a

Bedingungen für den Erlass und die Übermittlung einer Europäischen Ermittlungsanordnung

1. Eine Europäische Ermittlungsanordnung kann nur erlassen werden, wenn die Anordnungsbehörde sich vergewissert hat, dass die folgenden Bedingungen erfüllt sind:
 - a) der Erlass der Europäischen Ermittlungsanordnung ist für den Zweck der in Artikel 4 genannten Verfahren notwendig und steht zu diesem Zweck in einem angemessenen Verhältnis, und
 - b) die in der Europäischen Ermittlungsanordnung genannte(n) Ermittlungsmaßnahme(n) hätte(n) in einem vergleichbaren nationalen Fall unter denselben Bedingungen angeordnet werden können.
2. Diese Bedingungen werden vom Anordnungsstaat in jedem einzelnen Fall geprüft .
3. Wird eine Europäische Ermittlungsanordnung von einer Behörde nach Artikel 2 Buchstabe a Ziffer ii erlassen, so wird sie – nach Prüfung ihrer Übereinstimmung mit den Bedingungen für den Erlass einer Europäischen Ermittlungsanordnung gemäß dieser Richtlinie – durch einen Richter, ein Gericht, einen Staatsanwalt oder einen Ermittlungsrichter validiert, bevor sie der Vollstreckungsbehörde übermittelt wird.

KAPITEL II

VERFAHREN UND SCHUTZGARANTIEN FÜR DEN ANORDNUNGSSTAAT

Artikel 6

Übermittlung der Europäischen Ermittlungsanordnung

1. Die gemäß Artikel 5 fertiggestellte Europäische Ermittlungsanordnung wird der Vollstreckungsbehörde von der Anordnungsbehörde in einer Form übermittelt, die einen schriftlichen Nachweis unter Bedingungen ermöglicht, die dem Vollstreckungsstaat die Feststellung der Echtheit gestatten. Alle weiteren amtlichen Mitteilungen erfolgen unmittelbar zwischen der Anordnungsbehörde und der Vollstreckungsbehörde.
2. Unbeschadet des Artikels 2 Buchstabe b kann jeder Mitgliedstaat eine zentrale Behörde oder, wenn sein Rechtssystem dies vorsieht, mehr als eine zentrale Behörde zur Unterstützung der zuständigen Behörden benennen. Ein Mitgliedstaat kann, wenn sich dies aufgrund des Aufbaus seines Justizsystems als erforderlich erweist, seine zentrale(n) Behörde(n) mit der administrativen Übermittlung und Entgegennahme der Europäischen Ermittlungsanordnung sowie des gesamten übrigen sie betreffenden amtlichen Schriftverkehrs betrauen.
3. (...)
4. Ist die Vollstreckungsbehörde nicht bekannt, so versucht die Anordnungsbehörde, diese beim Vollstreckungsstaat mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln – auch über die Kontaktstellen des Europäischen Justiziellen Netzes – in Erfahrung zu bringen.

5. Ist die Behörde, die im Vollstreckungsstaat die Europäische Ermittlungsanordnung erhält, nicht dafür zuständig, diese anzuerkennen oder die erforderlichen Maßnahmen zu deren Vollstreckung zu treffen, so übermittelt sie die Ermittlungsanordnung von Amts wegen der Vollstreckungsbehörde und unterrichtet die Anordnungsbehörde entsprechend.
6. Alle Schwierigkeiten in Verbindung mit der Übermittlung oder der Echtheit der zur Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung erforderlichen Unterlagen werden unmittelbar zwischen den betreffenden Anordnungs- und Vollstreckungsbehörden oder gegebenenfalls unter Einschaltung der zentralen Behörden der Mitgliedstaaten zur Sprache gebracht.

Artikel 7

Europäische Ermittlungsanordnung in Verbindung mit einer früheren Europäischen Ermittlungsanordnung

1. Erlässt die Anordnungsbehörde eine Europäische Ermittlungsanordnung, die eine frühere Europäische Ermittlungsanordnung ergänzt, so gibt sie dies in der Europäischen Ermittlungsanordnung entsprechend dem Formblatt in Anhang A an.
2. Wirkt die Anordnungsbehörde gemäß Artikel 8 Absatz 3 an der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung im Vollstreckungsstaat mit, so kann sie während ihrer Anwesenheit in diesem Staat – unbeschadet der Mitteilungen nach Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe c – eine die frühere Europäische Ermittlungsanordnung ergänzende Europäische Ermittlungsanordnung unmittelbar an die zuständige Vollstreckungsbehörde richten.

KAPITEL III

VERFAHREN UND SCHUTZGARANTIEN FÜR DEN VOLLSTRECKUNGSSTAAT

Artikel 8

Anerkennung und Vollstreckung

1. Die Vollstreckungsbehörde erkennt eine nach den Bestimmungen dieser Richtlinie übermittelte Europäische Ermittlungsanordnung ohne jede weitere Formalität an und sorgt für deren Vollstreckung in derselben Weise und unter denselben Modalitäten, als wäre die betreffende Ermittlungsmaßnahme von einer Behörde des Vollstreckungsstaats angeordnet worden, es sei denn, die Vollstreckungsbehörde beschließt, einen der Gründe für die Versagung der Anerkennung oder der Vollstreckung oder einen der Gründe für den Aufschub der Vollstreckung nach dieser Richtlinie geltend zu machen.
2. Die Vollstreckungsbehörde hält die von der Anordnungsbehörde ausdrücklich angegebenen Formvorschriften und Verfahren ein, soweit in dieser Richtlinie nichts anderes bestimmt ist und sofern die angegebenen Formvorschriften und Verfahren nicht im Widerspruch zu den wesentlichen Rechtsgrundsätzen des Vollstreckungsstaats stehen.
3. Die Anordnungsbehörde kann darum ersuchen, dass eine oder mehrere Behörden des Anordnungsstaats zur Unterstützung der zuständigen Behörden des Vollstreckungsstaats an der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung mitwirken, soweit die benannten Behörden des Anordnungsstaats in einem vergleichbaren nationalen Fall an der Durchführung der Ermittlungsmaßnahme(n) mitwirken könnten. Die Vollstreckungsbehörde entspricht dem Ersuchen, sofern diese Mitwirkung nicht den wesentlichen Rechtsgrundsätzen des Vollstreckungsstaats zuwiderläuft bzw. nicht seinen wesentlichen nationalen Sicherheitsinteressen schadet.

- 3a. Die im Vollstreckungsstaat anwesenden Behörden des Anordnungsstaats sind bei der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung an das Recht des Vollstreckungsstaats gebunden. Für sie sind damit keine Strafverfolgungsbefugnisse im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats verbunden, es sei denn, die Wahrnehmung dieser Befugnisse im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats steht im Einklang mit dem Recht des Vollstreckungsstaats und dem zwischen den Anordnungs- und Vollstreckungsbehörden vereinbarten Umfang.
4. Die Anordnungs- und Vollstreckungsbehörden können gegebenenfalls einander in geeigneter Weise konsultieren, um die effiziente Anwendung dieses Artikels zu erleichtern.

Artikel 9

Rückgriff auf eine Ermittlungsmaßnahme anderer Art

1. Die Vollstreckungsbehörde muss, wann immer möglich, auf eine nicht in der Europäischen Ermittlungsanordnung vorgesehene Ermittlungsmaßnahme zurückgreifen, wenn
- a) die in der Europäischen Ermittlungsanordnung angegebene Ermittlungsmaßnahme nach dem Recht des Vollstreckungsstaats nicht besteht oder
 - b) die in der Europäischen Ermittlungsanordnung angegebene Ermittlungsmaßnahme in einem vergleichbaren innerstaatlichen Fall nicht zur Verfügung stehen würde.

- 1a. Die Vollstreckungsbehörde kann auch auf eine andere als die in der Europäischen Ermittlungsanordnung vorgesehene Ermittlungsmaßnahme zurückgreifen, wenn die von der Vollstreckungsbehörde gewählte Ermittlungsmaßnahme mit weniger einschneidenden Mitteln zu dem gleichen Ergebnis wie die in der Europäischen Ermittlungsanordnung vorgesehene Maßnahme führt.
2. Beschließt die Vollstreckungsbehörde, von der in den Absätzen 1 und 1a genannten Möglichkeit Gebrauch zu machen, so unterrichtet sie zuerst die Anordnungsbehörde; diese kann entscheiden, die Europäische Ermittlungsanordnung zurückzunehmen.
3. Wenn die in der Europäischen Ermittlungsanordnung vorgesehene Maßnahme gemäß Absatz 1 nach dem Recht des Vollstreckungsstaats nicht besteht oder in einem vergleichbaren innerstaatlichen Fall nicht zur Verfügung stehen würde und es keine andere Ermittlungsmaßnahme gibt, die zu dem gleichen Ergebnis führen würde wie die erbetene Maßnahme, muss die Vollstreckungsbehörde der Anordnungsbehörde mitteilen, dass es nicht möglich war, die erbetene Unterstützung zu leisten.

Artikel 10

Gründe für die Versagung der Anerkennung oder der Vollstreckung

1. Unbeschadet des Artikels 1 Absatz 3⁹ kann die Anerkennung oder Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung im Vollstreckungsstaat versagt werden, wenn
 - a) nach dem Recht des Vollstreckungsstaats Immunitäten oder Vorrechte bestehen, die es unmöglich machen, die Europäische Ermittlungsanordnung zu vollstrecken, oder Vorschriften zur Bestimmung und Beschränkung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit in Bezug auf die Pressefreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung in anderen Medien bestehen, die es unmöglich machen, die Europäische Ermittlungsanordnung zu vollstrecken;¹⁰
 - b) ihre Vollstreckung in einem bestimmten Fall wesentlichen nationalen Sicherheitsinteressen schaden, die Informationsquelle gefährden oder die Verwendung von Verschlusssachen über spezifische nachrichtendienstliche Tätigkeiten voraussetzen würde;
 - c) (...)
 - d) die Europäische Ermittlungsanordnung in einem Verfahren nach Artikel 4 Buchstaben b und c erlassen wurde und die Maßnahme nach dem Recht des Vollstreckungsstaats in einem vergleichbaren innerstaatlichen Fall nicht zulässig wäre¹¹;

⁹ Prüfungsvorbehalt von FR.

¹⁰ IT/CZ/LV legten einen Vorbehalt zu dem letzten Teil des Buchstabens a ein. CZ schlug vor, diesen Teil zu streichen und Erwägungsgrund 28 des Rahmenbeschlusses über die Europäische Beweisordnung zu übernehmen. DE, der sich BG/IT/LV/SK/CZ anschlossen, schlug vor, nach "*Verantwortlichkeit*" das Wort "*beispielsweise*" einzufügen. Auf diese Weise würde der Versagungsgrund auf eine breitere Grundlage gestellt, anstatt ihn so weit wie möglich einzugrenzen. Siehe auch den neuen Erwägungsgrund 12b.

¹¹ FR/BG waren gegen die derzeitige Formulierung dieses Buchstabens.

- e) die Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung dem Grundsatz ne bis in idem zuwiderlaufen würde, es sei denn, die Anordnungsbehörde sichert zu, dass die aufgrund der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung übermittelten Beweismittel nicht zur Verfolgung einer Person verwendet werden, deren Verfahren in einem anderen Mitgliedstaat wegen desselben Sachverhalts rechtskräftig gemäß den in Artikel 54 des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen genannten Bedingungen abgeschlossen wurde;¹²
- f) die Europäische Ermittlungsanordnung sich auf eine Straftat bezieht, die ausschließlich außerhalb des Hoheitsgebiets des Anordnungsstaats und ganz oder teilweise im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats begangen worden sein soll, die Europäische Ermittlungsanordnung auf die Anwendung einer Zwangsmaßnahme abzielt und die Handlung, aufgrund deren die Europäische Ermittlungsanordnung erlassen wird, im Vollstreckungsstaat keine Straftat darstellt¹³.

1a.¹⁴ Artikel 9 Absatz 1¹⁵ ist nicht anwendbar, und die Anerkennung oder Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung kann nur in Fällen nach Absatz 1 versagt werden, wenn die in der Europäischen Ermittlungsanordnung angegebene Maßnahme eine der folgenden Maßnahmen betrifft:

- a) die Vernehmung eines Zeugen, eines Opfers, eines Verdächtigen oder einer dritten Partei im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats oder
- b) Ermittlungsmaßnahmen, die keine Zwangsmaßnahmen sind,
- c) die Erlangung von Informationen oder Beweismitteln, die sich bereits im Besitz der Vollstreckungsbehörde befinden, wenn diese Informationen oder Beweismittel nach dem Recht des Vollstreckungsstaats im Rahmen eines Strafverfahrens oder für die Zwecke der Europäischen Ermittlungsanordnung hätten erlangt werden können¹⁶;

¹² Vorbehalt von FR/CZ/AT/BG/LV/IT/FL.

¹³ Prüfungsvorbehalt von IT/BG/FR.

¹⁴ BG legte einen Prüfungsvorbehalt zu den Absätzen 1a und 1b ein.

¹⁵ CZ/DE schlugen vor, die Bezugnahme auf Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b einzugrenzen.

¹⁶ LT/EL sprachen sich dafür aus, die Bezugnahme auf vergleichbare innerstaatliche Fälle unter Buchstabe c beizubehalten.

- d) die Erlangung von Informationen, die in Datenbanken der Polizei oder der Justizbehörden enthalten sind und zu denen die Vollstreckungsbehörde im Rahmen eines Strafverfahrens unmittelbar Zugang hat¹⁷;
- e) die Identifizierung von Telefonanschlussinhabern oder Inhabern einer IP-Adresse;
- f) Durchsuchung oder Beschlagnahme, wenn die Maßnahme aufgrund der in Anhang X aufgeführten Kategorien von Straftaten – wie von der Anordnungsbehörde in der Europäischen Ermittlungsanordnung angegeben – erbeten wurde, sofern diese Straftaten im Anordnungsstaat mit einer Freiheitsstrafe oder freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung im Höchstmaß von mindestens drei Jahren bedroht sind.¹⁸

(Liste der 32 Straftaten in Anhang X einfügen)

1b. Unbeschadet des Absatzes 1 kann die Anerkennung oder Vollstreckung der Maßnahme in Fällen, in denen die von der Anordnungsbehörde in der Europäischen Ermittlungsanordnung angegebene Ermittlungsmaßnahme eine andere als die in Absatz 1a genannten Maßnahmen betrifft, auch versagt werden,

- a)¹⁹ wenn die Handlung, aufgrund deren die Europäische Ermittlungsanordnung erlassen wurde, nach dem Recht des Vollstreckungsstaats keine Straftat darstellt, es sei denn, sie betrifft eine unter den in Anhang X aufgeführten Kategorien von Straftaten genannte Straftat – wie von der Anordnungsbehörde in der Europäischen Ermittlungsanordnung angegeben –, sofern die Straftat im Anordnungsstaat mit einer Freiheitsstrafe oder freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung im Höchstmaß von mindestens drei Jahren bedroht ist, oder

(Liste der 32 Straftaten in Anhang X einfügen)

- b) wenn die Anwendung der Maßnahme nach dem Recht des Vollstreckungsstaats auf eine Liste oder Kategorie von Straftaten oder auf Straftaten, die mit einem bestimmten Mindeststrafmaß bedroht sind, beschränkt ist, und die Straftat, die der Europäischen Ermittlungsanordnung zugrunde liegt, keine dieser Straftaten ist.

¹⁷ LT/SE sprachen sich für die Streichung dieses Buchstabens aus. Prüfungsvorbehalt von FI.

¹⁸ DE hielt an ihrem Antrag auf Streichung des Buchstabens f fest.

¹⁹ UK/LT schlugen vor, den letzten Teil des Buchstabens a zu streichen.

- 1c. In Bezug auf Straftaten in Verbindung mit Steuern oder Abgaben, Zöllen und Devisen kann die Anerkennung oder Vollstreckung nicht aus dem Grund abgelehnt werden, dass das Recht des Vollstreckungsstaats keine gleichartigen Steuern oder Abgaben vorschreibt oder keine gleichartige Steuer- oder Abgabe-, Zoll- und Devisenregelung enthält wie das Recht des Anordnungsstaats.

2. Bevor die Vollstreckungsbehörde in den Fällen nach Absatz 1 Buchstaben a, b, e und f beschließt, eine Europäische Ermittlungsanordnung ganz oder teilweise nicht anzuerkennen oder nicht zu vollstrecken, konsultiert sie in geeigneter Weise die Anordnungsbehörde und ersucht sie gegebenenfalls um unverzügliche Übermittlung aller erforderlichen zusätzlichen Angaben.

3. Ist in einem Fall nach Absatz 1 Buchstabe a eine Behörde des Vollstreckungsmitgliedstaats für die Aufhebung des Vorrechts oder der Immunität zuständig, so befasst die Vollstreckungsbehörde sie unverzüglich mit einem entsprechenden Ersuchen. Ist eine Behörde eines anderen Staates oder eine internationale Organisation für die Aufhebung des Vorrechts oder der Immunität zuständig, so ist sie von der Anordnungsbehörde mit einem entsprechenden Ersuchen zu befassen.

4. (...)

Artikel 11

Fristen für die Anerkennung oder Vollstreckung

1. Die Entscheidung über die Anerkennung oder Vollstreckung und die Durchführung der Ermittlungsmaßnahme erfolgen genauso rasch und vorrangig wie in einem vergleichbaren nationalen Fall, auf jeden Fall aber innerhalb der in diesem Artikel vorgesehenen Fristen.
2. Hat die Anordnungsbehörde in der Europäischen Ermittlungsanordnung angegeben, dass aufgrund von Verfahrensfristen, der Schwere der Straftat oder anderer besonders dringender Umstände eine kürzere Frist als die in diesem Artikel vorgesehenen Fristen notwendig ist, oder wenn die Anordnungsbehörde in der Europäischen Ermittlungsanordnung ausgeführt hat, dass die Ermittlungsmaßnahme zu einem bestimmten Zeitpunkt durchzuführen ist, so wird dies von der Vollstreckungsbehörde möglichst weitgehend berücksichtigt.
3. Die Entscheidung über die Anerkennung oder Vollstreckung ist so bald wie möglich, unbeschadet des Absatzes 5 jedoch spätestens 30 Tage nach Eingang der Europäischen Ermittlungsanordnung bei der zuständigen Vollstreckungsbehörde, zu treffen.

4. Sofern entweder keine Gründe für einen Aufschub nach Artikel 14 vorliegen oder sich die Beweismittel, die in der von der Europäischen Ermittlungsanordnung erfassten Ermittlungsmaßnahme genannt werden, nicht bereits im Besitz des Vollstreckungsstaats befinden, führt die Vollstreckungsbehörde die Ermittlungsmaßnahme unverzüglich, unbeschadet des Absatzes 5 jedoch spätestens 90 Tage nach der in Absatz 3 genannten Entscheidung durch.
5. Ist es der zuständigen Vollstreckungsbehörde in einem spezifischen Fall nicht möglich, die Frist nach Absatz 3 oder einen bestimmten Zeitpunkt nach Absatz 2 einzuhalten, so unterrichtet sie unverzüglich die zuständige Behörde des Anordnungsstaats in jeder beliebigen Form und gibt dabei die Gründe für die Verzögerung und die voraussichtliche Entscheidungsdauer an. In diesem Fall kann die Frist nach Absatz 3 um höchstens 30 Tage verlängert werden.
6. Ist es der zuständigen Vollstreckungsbehörde in einem spezifischen Fall nicht möglich, die Frist nach Absatz 4 einzuhalten, so unterrichtet sie unverzüglich die zuständige Behörde des Anordnungsstaats in jeder beliebigen Form, gibt dabei die Gründe für die Verzögerung an und konsultiert sich mit der Anordnungsbehörde in Bezug auf den geeigneten Zeitpunkt für die Durchführung der Maßnahme.

Artikel 12

Übermittlung der Beweismittel

1. Die Vollstreckungsbehörde übermittelt dem Anordnungsstaat ohne unnötige Verzögerung die Beweismittel, die aufgrund der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung erlangt wurden oder sich bereits im Besitz der zuständigen Behörden des Vollstreckungsstaats befinden. Auf ein entsprechendes Ersuchen in der Europäischen Ermittlungsanordnung hin werden die Beweismittel, sofern dies nach dem nationalen Recht des Vollstreckungsstaats zulässig ist, unmittelbar den zuständigen Behörden des Anordnungsstaats, die an der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung gemäß Artikel 8 Absatz 3 mitwirken, übermittelt.

- 1a. Die Vollstreckungsbehörde kann die Übermittlung des Beweismittels so lange aussetzen, bis über einen Rechtsbehelf entschieden wurde, es sei denn, in der Europäischen Ermittlungsanordnung werden ausreichende Gründe dafür angegeben, dass eine sofortige Übermittlung für die ordnungsgemäße Durchführung ihrer Ermittlungen oder die Wahrung von individuellen Rechten unerlässlich ist.²⁰
2. Die Vollstreckungsbehörde gibt bei der Übermittlung der erlangten Beweismittel an, ob sie verlangt, dass diese an den Vollstreckungsstaat zurückzugeben sind, sobald sie von dem Anordnungsstaat nicht mehr benötigt werden.
3. Werden die betreffenden Sachen, Schriftstücke oder Daten bereits für andere Verfahren benötigt, so kann die Vollstreckungsbehörde auf ausdrückliches Ersuchen der Anordnungsbehörde und nach Konsultierung der Anordnungsbehörde die Beweismittel unter der Voraussetzung vorübergehend übermitteln, dass sie, sobald sie im Anordnungsstaat nicht mehr benötigt werden, oder zu einem zwischen den zuständigen Behörden vereinbarten Zeitpunkt oder bei einer zwischen ihnen vereinbarten Gelegenheit an den Vollstreckungsstaat zurückgegeben werden.

Artikel 13²¹
Rechtsbehelfe

1. Zur Wahrung des Rechtsschutzinteresses sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass die Betroffenen Rechtsbehelfe einlegen können, die den Rechtsbehelfen gleichwertig sind, die in einem vergleichbaren innerstaatlichen Fall zur Anfechtung der betreffenden Ermittlungsmaßnahme zur Verfügung stehen würden.
2. (...)
3. Die Sachgründe für den Erlass der Europäischen Ermittlungsanordnung können nur durch eine Klage im Anordnungsstaat angefochten werden.

²⁰ Prüfungsvorbehalt von BG.

²¹ DE erhielt ihren Prüfungsvorbehalt aufrecht.

4. Sofern das Erfordernis zur Gewährleistung der Vertraulichkeit einer Ermittlung, wie in Artikel 18 Absatz 1 vorgesehen, dadurch nicht untergraben wird, ergreifen die Anordnungs- und die Vollstreckungsbehörden gemäß ihrem nationalen Recht die geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Informationen über die Möglichkeiten zur Einlegung der in den Absätzen 1 und 3 genannten Rechtsbehelfe bereitgestellt werden, sobald diese anwendbar werden, und zwar so rechtzeitig, dass die Rechtsbehelfe effektiv wahrgenommen werden können²².
5. Die Anordnungs- und die Vollstreckungsbehörden unterrichten einander über die Rechtsbehelfe, die gegen den Erlass bzw. die Anerkennung oder Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung eingelegt werden.
- 5a. (...)
- 5b. Wenn das Beweismittel bereits gemäß Artikel 12 übermittelt wurde und die Anerkennung oder Vollstreckung einer Europäischen Beweisanordnung im Vollstreckungsstaat erfolgreich angefochten wurde, wird diese Entscheidung im Anordnungsstaat nach dem innerstaatlichen Recht berücksichtigt.
6. (...).

Artikel 14

Gründe für den Aufschub der Anerkennung oder der Vollstreckung

1. Die Anerkennung oder Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung kann im Vollstreckungsstaat aufgeschoben werden, wenn
 - a) die Vollstreckung der Anordnung eine laufende strafrechtliche Ermittlung oder Verfolgung beeinträchtigen könnte, und zwar solange, wie der Vollstreckungsstaat dies für angemessen hält,
 - b) die betreffenden Sachen, Schriftstücke oder Daten bereits in anderen Verfahren verwendet werden, und zwar so lange, bis sie zu diesem Zweck nicht mehr benötigt werden.
2. Sobald der Grund für den Aufschub nicht mehr besteht, trifft die Vollstreckungsbehörde unverzüglich die notwendigen Maßnahmen für die Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung und unterrichtet hiervon die Anordnungsbehörde in einer Form, die einen schriftlichen Nachweis ermöglicht.

²² Prüfungsvorbehalt von DE zu diesem Absatz. Prüfungsvorbehalt von CZ bei generell positiver Haltung.

Artikel 15
Informationspflicht

1. Die zuständige Behörde des Vollstreckungsstaats, die die Europäische Ermittlungsanordnung entgegennimmt, bestätigt deren Empfang unverzüglich, in jedem Fall aber binnen einer Woche nach Entgegennahme der Ermittlungsanordnung, indem sie das in Anhang B enthaltene Formblatt ausfüllt und entsprechend weiterleitet. Sofern nach Artikel 6 Absatz 2 eine zentrale Behörde benannt wurde, gilt diese Pflicht sowohl für die zentrale Behörde als auch für die Vollstreckungsbehörde, die die Europäische Ermittlungsanordnung über die zentrale Behörde entgegennimmt. In den Fällen des Artikels 6 Absatz 5 gilt diese Pflicht sowohl für die zuständige Behörde, die die Europäische Ermittlungsanordnung zuerst entgegengenommen hat, als auch für die Vollstreckungsbehörde, der sie schließlich übermittelt wird.

2. Unbeschadet des Artikels 9 Absätze 2 und 3 unterrichtet die Vollstreckungsbehörde die Anordnungsbehörde
 - a) sofort in jeder beliebigen Form,
 - i) wenn sie nicht über die Anerkennung oder Vollstreckung entscheiden kann, weil das im Anhang vorgesehene Formblatt nicht vollständig oder offensichtlich unrichtig ausgefüllt wurde;
 - ii) wenn sie bei der Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung ohne weitere Erkundigungen zu der Auffassung gelangt, dass es sachgerecht sein könnte, Ermittlungsmaßnahmen durchzuführen, die zunächst nicht vorgesehen waren oder die zum Zeitpunkt des Erlasses der Europäischen Ermittlungsanordnung nicht hatten angegeben werden können, damit die Anordnungsbehörde in dem betreffenden Fall weitere Maßnahmen ergreifen kann;
 - iii) wenn sie feststellt, dass sie im Einzelfall die von der Anordnungsbehörde ausdrücklich angegebenen Formvorschriften und Verfahren nach Artikel 8 nicht einhalten kann.

Auf Ersuchen der Anordnungsbehörde ist die Information unverzüglich in einer Form, die einen schriftlichen Nachweis ermöglicht, zu bestätigen;

- b) unverzüglich in einer Form, die einen schriftlichen Nachweis ermöglicht,
 - i) über alle Entscheidungen nach Artikel 9 oder 10;
 - ii) über den Aufschieb der Vollstreckung oder Anerkennung der Europäischen Ermittlungsanordnung, der Gründe hierfür und nach Möglichkeit der zu erwartenden Dauer des Aufschiebs.

Artikel 16

Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten

Bei ihrer Anwesenheit im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats im Rahmen der Anwendung dieser Richtlinie werden Beamte des Anordnungsstaats in Bezug auf Straftaten, die gegen sie begangen werden oder die sie selbst begehen, den Beamten des Vollstreckungsstaats gleichgestellt.

Artikel 17

Zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten

1. Sind im Rahmen der Anwendung dieser Richtlinie Beamte des Anordnungsstaats im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats anwesend, so haftet der Anordnungsstaat nach Maßgabe des Rechts des Vollstreckungsstaats für den durch die Beamten bei ihrem Einsatz verursachten Schaden.
2. Der Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet der in Absatz 1 genannte Schaden verursacht wurde, ersetzt diesen Schaden so, wie er ihn ersetzen müsste, wenn seine eigenen Beamten ihn verursacht hätten.
3. Der Mitgliedstaat, dessen Beamte im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats einer Person Schaden zugefügt haben, erstattet diesem anderen Mitgliedstaat den Gesamtbetrag des Schadenersatzes, den dieser an die Geschädigten oder ihre Rechtsnachfolger geleistet hat.
4. Unbeschadet der Ausübung seiner Rechte gegenüber Dritten und mit Ausnahme des Absatzes 3 verzichtet jeder Mitgliedstaat in dem Fall des Absatzes 1 darauf, den Betrag des erlittenen Schadens anderen Mitgliedstaaten gegenüber geltend zu machen.

Artikel 18
Vertraulichkeit

1. Jeder Mitgliedstaat ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass die Anordnungs- und Vollstreckungsbehörden bei der Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung der Vertraulichkeit der Ermittlung gebührend Rechnung tragen.

2. Die Vollstreckungsbehörde gewährleistet gemäß ihrem nationalen Recht die Vertraulichkeit des Sachverhalts und des Inhalts der Europäischen Ermittlungsanordnung nur insoweit, als dies für die Durchführung der Ermittlungsmaßnahme erforderlich ist. Kann die Vollstreckungsbehörde dem Erfordernis der Vertraulichkeit nicht entsprechen, so setzt sie die Anordnungsbehörde unverzüglich davon in Kenntnis.

3. Die Anordnungsbehörde behandelt von der Vollstreckungsbehörde zur Verfügung gestellte Beweismittel oder Informationen, sofern die Vollstreckungsbehörde nichts anderes angibt, gemäß ihrem nationalen Recht vertraulich, soweit die Offenlegung nicht für die in der Europäischen Ermittlungsanordnung beschriebenen Ermittlungen oder Verfahren erforderlich ist.

4. Jeder Mitgliedstaat ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass die Banken den betroffenen Bankkunden oder sonstige Dritte nicht davon in Kenntnis setzen, dass dem Anordnungsstaat eine Information gemäß den Artikeln 23, 24 und 25 erteilt worden ist oder dass Ermittlungen durchgeführt werden.

Artikel Y²³
Kosten

1. Sofern in dieser Richtlinie nichts anderes vorgesehen ist, werden alle Kosten, die im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsstaats im Zusammenhang mit der Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung entstehen, vom Vollstreckungsstaat getragen.

²³ Prüfungsvorbehalt von LT/DE.

2. Ist die Vollstreckungsbehörde der Auffassung, dass die Kosten der Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung außergewöhnlich hoch ausfallen können, so kann sie die Anordnungsbehörde konsultieren, um zu klären, ob und wie die Kosten geteilt werden könnten bzw. ob und wie die Europäische Ermittlungsanordnung geändert werden könnte. Die Anordnungsbehörde wird von der Vollstreckungsbehörde vorab im Einzelnen über den Teil der Kosten informiert, der als außergewöhnlich hoch betrachtet wird.

3. In Ausnahmefällen, in denen bei den Konsultationen keine Einigung herbeigeführt werden kann, kann die Anordnungsbehörde beschließen, die Europäische Ermittlungsanordnung ganz oder teilweise zurückzuziehen oder, sollte sie beschließen, die Europäische Ermittlungsanordnung aufrechtzuerhalten, trägt sie den Teil der Kosten, der als außergewöhnlich hoch betrachtet wird.

(Die übrigen Artikel des Richtlinienentwurfs sind in diesem Dokument nicht wiedergegeben.)
